

Volkstimme

Einzelpreis 5.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Montag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Carl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. P. Panitz, Leipzig & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 14111. Für Anzeigen Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Zeugungspreis: Monatlich 100.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 97.00 Mark. — Anzeigengebühren: die doppelte Nonpareilgröße 9.00 Mark, auswärts 12.00 Mark, in Reklameteil Seite 30.00 Mark, auswärts 45.00 Mark. Vergünstigter Seite 9.00 Mark. Anzeigenabgabe geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkonten: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 227.

Magdeburg, Donnerstag den 28. September 1922.

33. Jahrgang.

Wenn zwei sich streiten...

Stall Stresemann ist in Form.

In dem gleichen Tag, an dem in Nürnberg die sozialistischen Arbeiter Deutschlands sich wieder zu einer einmütigen Partei zusammenschlossen, hat eine Reichskonferenz der Deutschen Volkspartei Stellung zur politischen Winterarbeit genommen.

Es ist ein merkwürdiges Kunterbunt, das Stresemann als Referat seinen Parteifreunden dargeboten hat. In der auswärtigen Politik ist er, der große Flotten- und Unterseebootprophet heute vor allem auf England eingestellt. Deswegen lobt er überschwänglich das Abkommen zwischen Stinnes und Frankreich, und zwar lobt er es doppelt, weil er die Erfüllungspolitik — durchaus vertreibt. In der inneren Politik tadelt Stresemann hart die prinzipielle Opposition der Deutschnationalen und teilt mit, die Volksparteier hätten ihre säugende Hand über viele deutschnationale Beamte gehalten, deren Stellen man der Volkspartei angeboten hätte. Ob die Volkspartei sich wirklich rühmen will, Schutztruppe der Deutschnationalen zu sein? Ob sie es für die Pflicht des Staates hält, beantragte Vertreter einer Partei zu dulden, die so staatsfeindlich ist, daß selbst Stresemann ihr mit dem Abbruch aller Beziehungen droht? Aber ganz davon abgesehen, es würde uns doch außerordentlich interessieren, nähere Namens- und Tatsachenangaben über die von der Volkspartei verführten Regierungsmänner zu erhalten. Edeleut und Opferstirn ist in der Politik so selten geworden, daß man eine solche Gelegenheit, sie ganz genau beschaffen, nur ungern verstreichen würde.

Aber ganz abgesehen von der Logik Stresemannscher Reden auf der Reichskonferenz der Deutschen Volkspartei ging es ruhig zu, und allem Anschein nach geht's der Volkspartei ausgedehnet. Sie vereinigt in glücklicher Mischung dummes nationalistisches Rasenieren und, wo es notwendig ist, ganz vernünftiges, politisches (oder geschäftliches) Verhalten und fährt gut dabei.

Das Gift im Leibe.

Lebhafter, ja stürmischer mußte es auf dem angeforderten Parteitag der Deutschnationalen zugehen, wenn es ein wirklicher Parteitag und nicht bloß eine große Parade sein sollte. Natürlich wird es eine Parade sein. Für die beiden Tage Ende Oktober, die für die Verhandlungen in Aussicht genommen sind, sind nahezu ein halbes Duzend Reden und große Rede in Aussicht genommen, und die Verhandlungszeit ist so bemessen, daß überflüssige Reden nicht auf das Stichwort eines geschäftigen Parteistatistiken gut verniedert werden können. Immerhin wird man vor dem Parteitag die ärgsten Streitfälle wohl aus der Welt zu schaffen suchen müssen, wenn man nicht trotz aller Regie ärgerliche Zwischenfälle erleben will. Offenbar arbeitet man daran mit allem Fleiß, aber bisher nur mit mäßigem Erfolg.

Die Deutschnationale Partei hat das deutschböhmische Gift im Leibe. Sie hat sich gezwungen gesehen, nach dem Rathenau-Mord den allzu stark kompromittierten Major Henning aus der Reichstagsfraktion auszuschließen. Daraufhin haben Wulle und Gräfe die Fahne der Abendblatt auf der Stelle totgemacht hat, sind sie doch wieder in die Höhe gekommen, so daß man jetzt mit ihnen Frieden schließen möchte. Sie haben einen Entschuldigungsbrief an den Parteivorstand schreiben müssen, aber dafür das Recht erhalten, innerlich der Deutschnationalen Partei befehle deutsche böhmische Stellen zu bilden. Von dem Vergnügen der Zellenbildung können die in der Arbeiterbewegung tätigen Politiker ja ein Lied singen, und sie können gewiß alle den Deutschnationalen anspricht, daß sie das auch einmal gründlich durchkosten.

Enttüllungen aus Bayern.

Inzwischen hat die Deutschnationale Volkspartei ihre Bayern-Krise bekommen. In ihrer Münchner Organisation hat die radikalste bayerische Richtung des Obersten von Ehlauder mit Dreiviertelmehrheit den Sieg davongetragen, jene Richtung, die ganz offen auf den reaktionären Rutsch hinarbeitet. Da die Deutschnationalen in Bayern in der Regierung sind, müssen sie diese Extremisten abkühlen, aber diese setzen sich höchst groß zu Wehr. Man darf gespannt sein, wie der Konflikt weitergeht und wie er auf dem Sonntag Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei am 27. und 28. Oktober zum Ausdruck kommt.

Dabei beschäftigt sich das alte Sprichwort, daß wenn zwei Betrüger sich streiten, die Wahrheit sich finden kann. Zu dem gewöhnlichen Flügel der Deutschnationalen in Bayern gehört, wenn sie nicht auch nicht formell

so doch sachlich, der Förstler Escherich, der berühmte oder berühmte Vater der Einwohnerwehren. Gegen ihn eröffnet jetzt die „Deutsche Zeitung“ einen lebhaften Enthüllungszug. Sie plaudert aus, was mit den Einwohnerwehren beabsichtigt gewesen ist:

Mit diesen Einwohnerwehren befohlen, die ordnungsliebenden Elemente in Deutschland eine Organisation, die fähig war, der des Proletariats mit Erfolg die Spitze zu bieten. Sie bot außerdem der Legehähne Nothilfe den nötigen Schutz, und es hätte aus ihr eine ähnliche Bewegung hervorgehen können, wie der Faschismus in Italien, der dieses Reich vor dem Marxismus errettet hat. Die Einwohnerwehren waren dazu berufen, die nationale Idee wieder zum Siege zu führen!

Was das für eine „nationale Idee“ ist, erkennt man am besten daraus, daß der Artikel dreimal wiederholt, die Einwohnerwehren hätten natürlich nicht das mindeste gegen Frankreich oder eines auswärtigen Feind unternehmen können, sie hätten nur ein organisierter Selbstschutz im Innern sein sollen. Escherich wird zum Vorwurf gemacht, daß er seine Kräfte vorzeitig aufgedeckt und die allgemeine Aufmerksamkeit zu früh auf die Einwohnerwehren gelenkt habe. Dann sei er gegenüber den Drohungen Frankreichs nicht fest geblieben und habe es nicht auf die Besetzung des Ruhrreviers ankommen lassen. Das nationale Ziel der Deutschböhmen Bayerns war also die Auslieferung des Ruhrreviers an die Franzosen und der Bürgerkrieg im Innern zur Verschmetterung der Arbeiterorganisationen. Keine „Volksgenossen“ für wahr! Und so denken die Deutschnationalen, die man sich über die Sozialist — so fortiges Verweissungsmanöver oder noch schwarzer — nicht ganz einig sind.

Wenn die dunkeln Ehrenmänner aus dem deutschnationalen und deutschböhmen Lager sich noch etwas weiter gegenständig, demonstrieren, wird die Deffektivität bis zum Parteitag der Deutschnationalen in Görzig noch recht viel Erbauliches von Wehen und Gebartenthaft der einzigen „wahrhaft nationalen“ Partei erfahren. —

Die Meuterei in Lözen.

Wir veröffentlichen in unserer letzten Nummer einen Brief eines Reichswehrsoldaten aus Ostpreußen, in dem über eine Meuterei berichtet wurde. Das Reichswehrministerium bestätigt nun, daß Kompanien des 2. Bataillons des Reichswehr-Infanterieregiments Nr. 2 sich aufgelehrt haben und führt das auf „politische Verheerung“ und „besonders die Fremden- und Rangeweile“ bei den meist aus Brandenburg und Mitteldeutschland stammenden Deutschen zurück.

Ein zweiter Brief des an dem Vorfall beteiligten Soldaten gibt aber ein wesentlich anderes Bild. Danach sind insgesamt 120 Soldaten wegen Meuterei angeklagt, 80 sitzen im Haft. Der Prozeß findet am 29. und 30. September vor dem Landgericht in Lyd statt.

Nach den Darlegungen des Reichswehrsoldaten glauben die Mannschaften des Bataillons berechtigte Ursache zur Wehr zu haben über die Behandlung, die sie von Seiten einiger Offiziere erfahren. Außerdem waren sie empört über die ungeheuerliche Art, wie die monarchistische Propaganda betrieben wurde. Nach dem Mord an Rathenau veranstalteten die Mannschaften des Bataillons eine Zusammenkunft, um sich über die Wünsche zu verständigen, die durch die Vertrauensleute dem Bataillonskommandeur vorgetragen werden sollten. Unterdessen wurde aber die Kaserne von Offizieren und Unteroffizieren besetzt. Als den Mannschaften das bekannt wurde, holten sie sich aus dem alleinstehenden Gebäude der 2. Kompanie Waffen und machten sich zu einem Kampfe gegen die Offiziere bereit. Darauf mußten die Offiziere zum Södelne Verhandlungen an, und mit dem Versprechen, daß ihre Beschwerden am nächsten Tag angehört würde, gaben sich die Soldaten zufrieden.

In der Nacht wurden in den Kasernen die Waffen heimlich weggebracht und die Vertrauensleute und älteren Mannschaften verhaftet. Um die Zurückführung der Gewehre zu beschaffen, wurde am nächsten Tag ein Marsch durch die Stadt unternommen. Nach Rückkehr in die Kaserne wurden die Verdächtigen einzeln angeklagt zu einer Vernehmung zum Bataillonskommandeur befohlen, in Wirklichkeit aber verhaftet, auf Sakrament verurteilt und unter Bedeckung mit Mützen und Gewehren ins Gefängnis gebracht.

Die Soldaten beklagen sich über, daß ihnen von den monarchistischen Offizieren Absichtlich alles

wurden, die sie nie gehabt hätten. So wird behauptet, es seien Mord- und Brandkommissionen gebildet worden. In Wirklichkeit sei es den Soldaten lediglich auf anständige Behandlung und die Entfernung der monarchistischen Offiziere angekommen.

Wir wiederholen dringend den Wunsch, daß auch dieser Fall von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß aufgeklärt wird. —

Aus dem Preußenparlament.

Am Dienstag tagten im Preussischen Landtag die Fraktionsvorsitze der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Partei zum erstenmal gemeinsam. Die gemeinsamen Fraktionsführungen begannen ab Mittwoch. Der Vorstand der vereinigten Landtagsfraktion wird aus den Abgeordneten Simberloff (Essen), Krüger, Heilmann und Beth als Vorsitzenden bestehen, zu denen als Beisitzer die Abgeordneten Schlich (Dresden), Grzeski (Kassel), Bartels (Wien), Lerner (Krefeld), Hartwig (Stettin), Rabold (Berlin), Frau Kähler (Berlin) und Frau Kunert (Galle) treten. Es ist also der bisherige Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die drei Unabhängigen Beth, Rabold und Frau Kunert ersetzt.

Die vereingte Fraktion hat drei große Aufgaben im Landtag eingebracht. Die erste fordert von der Regierung Auskunft über die Maßnahmen zur Eindämmung der Lohndruck, der Lebensmittelpreise und des Lebensmittelmangels.

Die zweite betrifft die Wohnungswirtschaft und hat folgenden Wortlaut:

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um der Wohnungsnot, die von Tag zu Tag einen immer bedrohlicheren Charakter annimmt und in gewandelter und ständiger Beziehung weite Kreise auf das schwerste gefährdet, wirksamer als bisher zu begegnen?

Ist sie bereit, der Notlage der Gemeinden Unterstützung zu tragen und mit der Reichsregierung zwecks zeitweiliger Erhöhung des den Ländern zur Verfügung an die Gemeinden zur Verfügung gestellten Kreditbeitrags in Verhandlungen zu treten?

Ist sie bereit, dem Bauwesen mit Darlehen und allen Mitteln entgegenzutreten?

Ist sie im besondern bereit, den gemeinwärtig arbeitenden Hausbetrieben weitgehende Förderung und finanzielle Unterstützung zu gewähren und dadurch die Verengung einzelner am Wohnungsbau in wachsendem Maß anzukämpfen?

Von den Koalitionsparteien wird ein gemeinsamer Antrag eingebracht worden, wonach zur Beschaffung der Wohnungsbauten drei Milliarden aus preussischen Staatsmitteln und 1,8 Milliarden aus Reichsmitteln sofort den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die dritte sozialdemokratische Anfrage weist auf die völlig unzulängliche Höhe der Arbeitslosenversicherung im ganzen Reich und ganz besonders in besetzten Gebiet hin und fragt die Regierung an, ob sie im Besonderen dafür sorgen wolle, daß die Arbeitslosenversicherung pro Tag nicht länger hinter dem Stundenlohn der schlechtesten Arbeiter zurückbleibe.

Schließlich wird die vereingte Fraktion sofort einen Antrag einbringen, der sich auf das Wahlrecht der gebildeten Oberschleifer bezieht. Der Antrag weist darauf hin, daß diesen den Polen vertriebenen Deutschen aus den einwandernden Gruben das Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperchaften, auch zu den Gemeindevorständen in Deutsch-Oberlofen gegeben werden müsse.

Der Preussische Landtag stimmt ab Mittwoch seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen neben den Berichten der Eingabekommissionen der erste Antrag für die preussischen Besoldungsvorschläge vom 8. Juli und die entsprechenden Resolutionen, ferner ein Gesetzentwurf zur Erweiterung der Berufsgruppenpflicht und ein anderer über die Neuordnung der Straßensicherheitsverwaltung. Die Verhandlungen des Reichstags beginnen erst am 17. Oktober.

Das preussische Gewerkschaftsbund in Köln am Montag eine Sitzung ab, zu der es sich mit der Notlage der Gewerkschaftsmittler an den Reichstag über die Bundesratsaufstellung befaßt.

Weiter beschäftigt sich das Bündnis mit den Fragen der Drogenmittelbeschaffung für die Bundesstaaten. Die Reichlichen Gewerkschaften sind nicht in der Lage, die notwendigen Drogenmittel zu beschaffen, sondern sie müssen von den Bundesstaaten beschaffen werden. Da aber eine entsprechende Drogenpolitik in Bayern, Preußen und der Regierung der Volksbewegung ist, werden die Bundesstaaten beschaffen, auch die die Drogenmittel in der Bundesrepublik beschaffen, die Bundesregierung über die Drogenpolitik zu beschaffen.

Die Notlage der Gemeinden in Preußen wird am Montag, dem 28. September, im Reichstag zur Sprache kommen. Die Reichsregierung wird die Notlage der Gemeinden in Preußen zur Sprache bringen.

Gegen die Luxus-Einfuhr.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beschloss am Dienstag die Beschlüsse des Reichsrats betr. die Erhöhung der Einfuhrzölle für gewisse Luxusartikel um 50 Prozent.

Gegen die von der Regierung beantragte Erhöhung des Tabakzolls sprachen sich Vertreter des Zentrums und die Mehrheit der Deutschen Volkspartei aus.

Gegen diese Zollerhöhung wird Sturm gelaufen, auch durch den Tabakarbeiterverband. Das ist durchaus begreiflich. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, sich selbst über die Bedeutung der Streitfrage ein Bild zu machen, geben wir eine Uebersicht über die Tabakeinfuhr, nach der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" hat die Tabakeinfuhr in den ersten sieben Monaten (in Tonnen) betragen:

	1922	1921	1913
Nikotinat und Abfälle davon	47741	46937	47308
Tabakblätter, bearbeitete Rippen und Stempel	2158	1792	931
Tabaklaugen	558	625	862
Kavotten, Stumpen und Stagen zum Schnupftabak	52	31	240
Schnupf- und Rauhlabak	31	3	27
Kaudibak	221	136	47
Zigarren	9	6	231
Zigaretten	200	72	452

Der Wert der Gesamteinfuhr in den ersten 7 Monaten 1922 betrug 4,1 Milliarden Mark, der ein Ausfuhrwert von nur 0,6 Milliarden Mark gegenübersteht.

Ein „Retter der deutschen Ehre“.

Am Tage der Ermordung Rathenaus brachte der Student Fleisch dem Abgeordneten Gessler, angeblich im Auftrag des Südamerikanischen deutschen Kriegsbundes einen Blumenstrauß, der auf schwarzweißer Schleife die Widmung trug: „Dem Retter der deutschen Ehre!“

Am Dienstag hatte er sich vor einem Berliner Schöffengericht in einer anderen Angelegenheit zu verantworten. Fleisch hat sich am Donnerstag als „Retter der deutschen Ehre“ bezeichnet.

Der Bericht schloß sich dem Verteidiger an, der erklärte, daß dem Angeklagten eine schuldige Handlung nicht nachgewiesen werden konnte und sprach den deutschen Nationalen Geldstrafe frei.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Wenn Fleisch das Geld nicht in beträchtlicher Menge gesammelt hat, so war es ihm erst mit der Abfuhr, die Frucht des Attentäters Aniermann zu untersuchen. Er hat sich dann des weit schwereren Verbrechens der strafbaren Begünstigung eines Attentäters schuldig gemacht und mußte erst noch bestraft werden.

Wir erwarten, daß der preussische Justizminister die Staatsanwaltschaft beauftragt, unter diesen Umständen Verhaftung einzuleiten und dem gleichzeitigen Antrag, die Sache an den Staatsgerichtshof abzugeben, folgen zu lassen.

Kleines Feuilleton.

Literarischer Abend der Volksbühne.

Die jüngsten Szenen zum „Jung“ fallen in die Zeit von 1770 bis 1775, als Goethe im Alter von 20 bis 26 Jahren stand. Der erste Göttertag, der von Goethe nicht berücksichtigt wurde, wenn wir die Szenenarrangements des „Jung“ betrachten.

Die Besetzung dramatischer Rolle nicht den Rollen gegeben wie den anderen Szenenarrangements, es sei denn, alle Götter haben die Handlung übernommen.

Berliner Theaterbesicht.

Am 11. die Berliner Theaterbesicht. In der Berliner Theaterbesicht ist die Berliner Theaterbesicht, die Berliner Theaterbesicht, die Berliner Theaterbesicht.

Forderungen der Gemeinden.

Wie vor kurzem der Deutsche Landesverband in München, so hat jetzt der Verband preussischer Landkreise in Goslar Forderungen für die Gestaltung des Landessteuergesetzes aufgestellt, um Wege zur Besserung aus dem Finanzelend zu weisen.

Es wird verlangt: Sicherung des Reiches durch Gesundheits- und Kommunalwesen. Gemeinde, Kreis- und Provinz müssen zusammenarbeiten und Staat und Reich mit sich vereinen, wenn nicht die Landesgesetzgebung Freiheit zur Regelung der Staats- und Gemeindefinanzen in dem Umfang erhält, daß den örtlichen Verhältnissen im lokalen und wirtschaftlichen Aufbau und in der Aufgabenverteilung Rechnung getragen werden kann.

Soweit die Landesgesetzgebung selbst unumgänglicher Eingriffe in Einzelheiten sich nicht enthalten kann, wird ausnahmsweise Gleichstellung der Kreise mit den Gemeinden gefordert. Die gewaltigen Betriebe der Kreisverwaltungen (vor allem Landstraßen, Kleinbahnen, Elektrizitätsversorgung, Krankenhäuser und die gesamte soziale Wohlfahrtspflege fordern eine gesicherte und unabhängige, d. h. nicht ausschließlich auf die Eingelöste aufgebauete Finanzgarantie.

Zur Liquidierung der Kreisverwaltungen müssen sofort die bereits bewilligten Kassensubventionen erhöht werden (ist inzwischen bereits geschehen).

Schließlich wird mit allem Nachdruck gefordert, daß die preussische Regierung unverzüglich das Fahrzeugsteuergesetz dem Landtag vorlegt und daß dieser es schnellstmöglich beschließt. Auch die Verteilung der vom Landtag erhöhten Dotationsraten steht immer noch aus.

Der Verband der deutschen und preussischen Landkreise weist Reichs- und Landesregierungen mit allem Ernst auf die unerträglichen Verluste hin, die bei sinkendem Goldwert Verzögerungen und langsame Entschlüsse in finanziellen Maßnahmen mit sich bringen.

Amtsverschwiegenheit.

Ans Breslau wird uns geschrieben: Im Frühjahr dieses Jahres betätigte sich ein pensionierter und wegen angeblichen Beamtenmangels unter Ausherauflassung des Ueberalterungsgesetzes auf Privatdienstvertrag angestellter Rechnungsrat Sartmann bei der hiesigen Amtsverwaltung.

Der Unterbeamte, dem dies allmählich zuviel wurde, teilte diese Vorgänge der hiesigen Organisation zur Bekämpfung des Antisemitismus mit. Auf eine von ihm gegen den Rechnungsrat erhobene Beschwerde erging die Mitteilung, dieser sei wegen seines Verhaltens „gerügt“ worden.

Der Unterbeamte, dem dies allmählich zuviel wurde, teilte diese Vorgänge der hiesigen Organisation zur Bekämpfung des Antisemitismus mit. Auf eine von ihm gegen den Rechnungsrat erhobene Beschwerde erging die Mitteilung, dieser sei wegen seines Verhaltens „gerügt“ worden.

Seine Stelle mußte wieder eine Arbeitskraft einrücken. Es war also offenbar, daß man den unbequemen Anzeiger los sein wollte. Dieser rief nun den Bezirksgerichtspräsidenten an, der die fristlose Kündigung für ungerechtfertigt erklärte. Darauf erhielt der Entlassene ein vom Ersten Amtsanwalt unterzeichnetes Schreiben vom 19. August 1922, in dem es heißt:

Dieses Schreiben ist in mehrfacher Hinsicht interessant und für unsere Zustände charakteristisch.

Einmal wird jetzt ein Grund für die Kündigung angeführt, der vorher längst bekannt war und den anzuführen man sich offenbar zunächst gescheut hatte. Unverständlich ist, wie von „antidemokratischer Propaganda des Rechnungsrats“ zumant gesprochen werden kann.

Der Justizminister Am Behnhoff wird sich ganz anders als bisher betätigen müssen, wenn er diesen unglaublichen Zuständen endlich einmal begognen will, unter denen unser ganzes Rechtsleben leidet und das Vertrauen zur Justiz immer wieder aufs neue erschüttert wird.

„Heinrich-Dieg-Gesellschaft“.

Es wird uns geschrieben: Am Ende des Genossen Heinrich Diég gelobte die Sozialdemokratische Partei, im Geiste dieses großen Mahnworters der wissenschaftlich-sozialistischen Literatur fortzuwirken und in der Form einer „Heinrich-Dieg-Gesellschaft“ den Sozialismus zu einer weiterentwickelnden Wissenschaft durch die Herausgabe bewährter aber und neuer selbständiger Forschungsarbeiten auszubauen.

Es handelt sich bei der Heinrich-Dieg-Gesellschaft um die Zusammenfassung aller geistig und körperlich Schaffenden, die ernst um die Befestigung und Vertiefung ihrer sozialistischen

Millionenbetrag eine „Offize „Kunhardt-Berlin“, in der Erbe Heßberg Charbons von Rudolf Nelson für die Produktion vorliegt. In der einstmaligen Komischen Oper sind für die geistig ganz Armen unter dem hübschen Titel „Europa spricht davon“ eine Reihe von Kinoarbeiten und Kollektoralitionen zusammengestellt, deren höchster Glanz ein Zaubermeister aus London ist.

Kann man sich wundern, daß die Berliner Schauspieler, die den Preußischen Bühnen sehen, aus ihrem materiellen Elend heraus wollen? In diesem Monat September beträgt die Mindestlohn, die für weit über die Hälfte der Berliner Bühnenschauspieler maßgebend ist, 6700 Mark, wogegen die Direktoren noch eine Gehalts von 750 Mark verdienen, bewilligt haben.

Unter diesen Verhältnissen erhebt es doppelt erklärlich, daß immer noch neue Theaterbauten in Berlin errichtet werden. Man kann sich nicht vorstellen, daß diese Theaterbauten errichtet werden, wenn sie nicht die Befestigung der bestehenden Theater als die Grundlage einer neuen Theaterbewegung sind.

die neuen Direktoren allerdings nur Verschleierungen innerhalb der bestehenden Theater dar. So hat Dr. Robert zu seinen bisherigen beiden Theatern nun noch die beiden Häuser des Schloßpark-Theaters in Stogitz übernommen, das von Schulzpark-Theaters in Stogitz übernommen, das von Schulzpark-Theaters in Stogitz übernommen.

Weltausstellung ringen, zu einer großen Genossenschaft. Organisieren wir alle diese an sich ernst arbeitenden Männer und Frauen zu einer fest zusammenhaltenden Gesellschaft, so schaffen wir damit zugleich ein starkes und breites wirtschaftliches Fundament für eine wissenschaftlich-sozialistische Weltanschauung. Bilden diese Tausende rühriger Sozialisten die Grundlage der Dieb-Gesellschaft, so kann diese auf gewaltige Gruppen des deutschen Volkes ständig einwirken. Sie verfügt über eine organisierte Kundenschaft, und jedes Mitglied der Gesellschaft hat große handgreifliche Vorteile von seiner Mitgliedschaft, gegenüber denen der jährliche Beitrag von 250 Mark (vielleicht in Raten zu erhebendem Beitrag) gar nicht ins Gewicht fällt. Alle Mitglieder dieser geistigen Genossenschaft erhalten nämlich alle Veröffentlichungen der Dieb-Gesellschaft zu einem besonders ermäßigten Preise.

Das Kuratorium der Dieb-Gesellschaft, das sich aus führenden Köpfen des Sozialismus zusammensetzen wird, ist Gewähr genug, daß alle Veröffentlichungen auf hohem geistigen Niveau stehen werden.

Die neuen Postgebühren.

Ausführungen.	Vom 1. Oktober an.	Ausführungen.
Die wesentlichen Gebühren, die nach den endgültigen Beschlüssen vom 1. Oktober 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten sind folgende:		
Postkarten im Ortsverkehr	1,50 Mk.	
Fernverkehr	3,00	
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm	2,00	
über 20 bis 100 Gramm	4,00	
100 bis 250	6,00	
Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm	6,00	
über 20 bis 100 Gramm	8,00	
100 bis 250	10,00	
Drucksachen bis 20 Gramm	1,00	
über 20 bis 50 Gramm	1,50	
50 " 100	3,00	
100 " 250	6,00	
250 " 500	8,00	
500 Gramm bis 1 Kilogramm	10,00	
Aufsichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitssformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind	1,00	
Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm	6,00	
über 250 bis 500 Gramm	8,00	
500 bis 1 Kilogramm	10,00	
Warenproben bis 250 Gramm	6,00	
über 250 bis 500 Gramm	8,00	
(Nicht freigelegte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.)		
Büchlein bis 1 Kilogramm	12,00	
Kafete		
bis 5 Kilo	30,00 Mk.	80,00 Mk.
über 5 bis 7 1/2 Kilo	40,00	120,00
7 1/2 " 10	60,00	160,00
10 " 15	100,00	280,00
15 " 20	140,00	360,00
Postanweisungen bis 100 Mk.	6,00	
über 100 bis 500 Mk.	10,00	
500 " 1000	12,00	
1000 " 2000	16,00	
2000 " 5000	20,00	
(Nichtbetrag ist von 2000 auf 5000 Mk. erhöht.)		
Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort	5,00	
im Fernverkehr für jedes Wort	mindestens 50,00	
im Ortsverkehr für jedes Wort	mindestens 3,00	
Die Zulandsgebühren für Freisendungen, Werksendungen, Postanweisungen und Kafete gelten auch nach dem Saargebiet sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Weimargebiet. Die Zulandsgebühren für Briefe gelten ferner nach Luxemburg und Österreich. Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Oktober 1922 ab:		
Postkarten	12,00 Mk.	
Briefe bis 20 Gramm	20,00	
jede weiteren 20 Gramm	10,00	
Ungarn und Tschekoslowakei: Postkarten	9,00	
Briefe	15,00	

Kriegsgefangene in Frankreich.

In Frankreich befinden sich immer noch deutsche Kriegsgefangene, die in der Gefangenschaft begangene „Verbrechen“ mit zum Teil sehr langen Gefängnisstrafen büßen

fallen. Nach den letzten Feststellungen werden noch 27 Deutsche in Toulon zurückgehalten. Einer von ihnen ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die meisten sind wegen Diebstählen, die in der Mehrzahl auf der Flucht begangen wurden, einige auch wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt. Ein Gefangener hat z. B. einen Ead Mehl mitgenommen und dafür 10 Jahre Zwangsarbeit bekommen.

Die Reichsregierung ehemaliger Kriegsgefangener hat nunmehr einen ausführlichen und dringenden Appell an den Völkerverbund gerichtet, sich für die schnelle Beendigung der von Clemenceau begonnenen und von Poincaré eingestellten Degradationsaktion für diese Unglücklichen einzusetzen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die zurückgebliebenen Gefangenen ihre Handlungen aus der Not der Kriegsgefangenschaft heraus begangen haben und nach dem formalen Rechte schon längst wieder in Freiheit hätten gesetzt werden müssen. Der Appell stützt sich außerdem auf dem völkerrechtlich anerkannten Grundsatz der Gegenseitigkeit, der von Frankreich durch die Festhaltung der Gefangenen verlegt wird und zu dessen Wahrung gerade der Völkerverbund berufen erscheint.

Klarheit und Wahrheit

über die Bestrebungen der Sozialdemokratie sind heute nötiger denn je. Tausende irreführter Arbeiter bedürfen noch der Aufklärung. Allein die sozialdemokratische Presse ist willens und imstande, diese Klarheit und Wahrheit zu verbreiten; sie bietet alles, was von einer ernst zu nehmenden, von hohem Verantwortungsgefühl getragenen Presse verlangt werden kann.

Schafft ihr Eingang in jede Arbeitsstätte in jedes Haus, wo Sorgende und Ringende wohnen. Jeder für die Arbeiterpresse gewonnene neue Abonnent erleichtert der Arbeiterschaft den Kampf um eine bessere Lebenshaltung und bringt uns unserm Ziele näher. Wer für die Verbreitung der Arbeiterpresse tätig ist, arbeitet für sich und seine Familie für eine bessere Zukunft unseres Volkes und für den Sieg über die Ausbeutung und Unterdrückung. Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, befolgt die Mahnung, Arbeit für den Sozialismus. Niemand ist zu schwach, niemand so arm an Gesellschaft, daß er nicht einen oder eine wenigstens wüßte die für unsre Sache noch zu gewinnen ist. Werbi Lezer für eure tägliche Freundin und Beraterin, die

Volksstimme.

Die Not der Presse.

Am 20. September tagte in Augsburg eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse, die folgende Entschliessung annahm:

Die am 20. September in Augsburg versammelten Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse Deutschlands haben erneut Stellung genommen zu der furchtbaren, bis ins unerträgliche gestiegenen Not der deutschen Presse, vor allem der Arbeiterpresse. Die rapide Steigerung der Preise für Papier und aller Rohmaterialien, die durch die fortgesetzte enorme Geldentwertung notwendige Erhöhung der Löhne und Gehälter gestaltet die Lage in der gesamten Presse immer unerträglicher und katastrophaler und bringt täglich weitere Zeitungen zum Erliegen. Angesichts dieser Tatsache ist die vorläufige Herabsetzung des Kilopreises für Zeitungsdruckpapier für September von 84 auf 68 Mark absolut unzureichend.

Es ist die dringende Pflicht der Reichsregierung, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um der Presse ihre großen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben für das gesamte staatlliche und nationale Leben zu erleichtern und den völligen Zusammenbruch der Presse und damit eine Katastrophe von ungeheurer Tragweite zu vermeiden. Die versammelten sozialdemokratischen Geschäftsführer richten diese ernste und dringliche Mahnung erneut an die ver-

antwortlichen Stellen der Reichsregierung und Landesregierungen und ermahnen Hartnäckige Stellungnahme und Abwendung der Notlage.

festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier, Zusammenbruch der Erzeugnisse, Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Vereinbarungen zum Zweck der Befreiung von Einheitspreisen und Preisgleich unter Mitwirkung der Zeitungsbesitzer, sofortige Beendigung der neuen verschärften Zahlungsbedingungen der Abonnenten für das Zeitungsdrukpapier, Gewährung eines angemessenen Zinses, Sicherstellung eines ausreichenden Ertrags von Papierholz in den staatlichen und privaten Forsten unter Ausschaltung des Zwischenhandels, sofortige Sperrung der Ausfuhr für Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier.

Der kleinasiatische Knäuel.

Es ist nicht leicht, die einmal entsetzte Kriegsflut wieder zu bändigen. Das gilt in erhöhtem Maße für den Orient und in dem aktuellen Falle Kleinasien wird der Abschluß der Kampfhandlungen noch mehr erschwert durch gut europäische Hände, die sich bemühen, den Knäuel noch mehr zu verwirren, als er es ohnehin schon ist.

Gestern lösten der neue Einfall der Türken in die neutrale Zone eine sehr ernste Lage zu schaffen, heute wird ihr Rückzug gemeldet.

Aber niemand traut dem „Frieden“. Die Frauen der englischen Offiziere in Konstantinopel sind abgereist, zahlreiche Journalisten sind fluchtbereit. Selbst in der französischen Presse bricht eine besorgte Stimmung durch, die bestärkt wird durch die Tatsache, daß Kemal-Pascha auf die Note der Alliierten noch keine offizielle Antwort gegeben hat. Eine Komplizierung bedeutet die drohende Stellung, welche Rußland einnimmt, das mit der Angoraregierung durch Verträge verbunden ist.

Die Engländer fahren inzwischen fort, Truppen nach Konstantinopel zu senden, eine Maßnahme, die ein ungenannter „großer militärischer Chef“ Frankreichs als durchaus verständlich bezeichnet, während sie von den Kemalisten als nicht gerade vertrauenswürdig angesehen wird.

Dollar Amtliche Notiz vom **1540 Mark**
Dienstag 1458
Mittwoch mittag ca.

Notizen.

Der Zeitungsfriedhof. Das vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsliste verzeichnet abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Entstehen eingeleitet haben.

Der gestohlene „Lobesreigen“. In einer billiger Kundgebung eine fünfzehnjährige Bande und tauchte mit vorgehaltenem Revolver vier Akte des Filmwerkes „Der Lobesreigen“, in denen die Räte geschützt werden, wie sie seit der Revolution unter der Herrschaft der Sowjetregierung in Rußland eingetreten sind. Die Räuber entkamen unerkannt. Allen Anschein nach handelt es sich um einen politischen Akt von Kommunisten, die auf diese Weise die Fortführung der Aufführungen des Films verhindern wollten.

Sozialistischer Sieg in der Schweiz. In einer Volksabstimmung hat die Schweiz das Gesetz gegen den Imperialismus, die sog. Verhinderer, trotzdem die bürgerlichen Parteien und fast die gesamte bürgerliche Presse dafür eintraten, mit 572 987 gegen 299 773 Stimmen abgelehnt. Gegen das Gesetz, das feinerzeit vom schweizerischen Parlament mit großer Mehrheit angenommen worden war, war von den Sozialisten das Referendum beantragt worden.

Depeschen.

Die Wünsche Kemal-Paschas. Ms. London, 27. September. Der Konstantinopeler Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ drückt über die vorausgesetzlichen Friedensbedingungen Kemal-Paschas: Der türkische Nationalistenführer werde es ablehnen, unter den Bedingungen der Alliierten auf die geplante Konferenz nach Venedig zu gehen. Kemal wünscht die Teilnahme Rußlands an der Konferenz und verlangt das Recht, die Küste des Marmarameeres zu besetzen. Er erklärt, wenn die Küste bei unabhängigen Organisationen einstellen solle, so müsse England zuerst mit der Entsendung von Verstärkungen nach der Türkei aufhören.

Dem Berichterstatter zufolge herrscht im Sultanspalast eine Panik. Der Sultan sei durch den Rücktritt der Minister vollkommen niedergeschlagen. Kemal habe die Absicht ausgedrückt, einen nationalen Großvezir in Konstantinopel zum Vertreter der Angoraregierung zu ernennen. Es besteht wenig Zweifel, daß der Sultan wegen seiner alliiertenfreundlichen Haltung entthront werden würde, wenn die Angora-Elite in Konstantinopel triumphiere.

In einem Leitartikel schreibt „Daily Chronicle“ zu den Gegenforderungen Kemal-Paschas: Wenn sich diese Forderungen als authentisch herausstellen sollten, so würden sie eine sehr ernste Lage schaffen. Die Forderung nach Einfluß Sowjetrußlands und Bulgariens in die Konferenz glaubt England keine besonderen Schwierigkeiten zu verursachen, aber die Franzosen würden sie wahrscheinlich unangenehmer empfinden als die Engländer.

Kemals Forderung jedoch, die Küsten des Marmarameeres zu besetzen zu dürfen, die Abneigung gegen die Entmilitarisierung der Daranelle sei ein äußerst schweres Hindernis für den Frieden, besonders wenn sie mit der Forderung verbunden seien, daß Großbritannien die Entsendung militärischer Verstärkungen nach der Türkei einstellen solle.

Rußland meldet sich.

Ms. London, 27. September. „Daily Telegraph“ zufolge sprach der stellvertretende offizielle Kommissar der Sowjetregierung in London gestern im Auswärtigen Amt vor um den Standpunkt der Sowjetregierung im Zusammenhang mit der Krise im Orient ausdrücklich hervorzuheben. Er erklärte Rußland würde eine friedliche Regelung, könne aber keine internationalen Entscheidungen annehmen, die ihm ohne seine Zustimmung erzwungen werden könnten, und eine Frage, die von so grundlegender Bedeutung für den Frieden und die internationalen Beziehungen Rußlands sei, wie die Entscheidung Konstantinopels und der Verträge, Rußland.

Hungarisches Dementi.

Ms. Sofia, 26. September. Die in ausländischen Blättern aufgetauchten Meldungen über die Einreise von Soldaten nach Bulgarien. Es herrscht vollkommen Ruhe in der Stadt und auf dem Lande.

berdient darum Vertrauen, weil er zuerst einen Dichter zu Worte verstand, gegen den die Berliner Bühnenleiter eine große Schuld auf sich geladen haben. Wilhelm Schmidtbonns Schauspiel „Der Geschehene“ hätte längst mehr Anrecht auf die Berliner Aufführung gehabt als zahlreiche andre Werke, die uns gezeigt wurden. Diese Tragödie von dem Flieger, der erblindet nach Hause kommt und nun mit den geschärften Sinnen die geheimen Pläne erspürt, die sich zwischen Frau und Bruder gesponnen haben, ist gewiß mehr lyrisch als dramatisch gestaltet, aber die Subtilität des Empfindens, die unendliche Zartheit des dichterischen Gefühls geben ihr doch Qualitäten, die die Liebe zu ihrem Dichter nur verstärken. Der junge Herr Schubert, der den Abend inszeniert hat und den Helden selbst spielt, ist eine reiche Begabung. Seine Tragfähigkeit für ein Berliner Theater muß jedoch noch ausreifen. Frau Esba Maran hat man zu Unrecht ihrer Heimat Lemmerbar entzogen. An einem zweiten Abend brachte das Theater ein Musterstück „Der Länger unserer Lieben Frau“, das doch gar zu dürftig ist, und Richard's III. „Der Fremdling“, die Eulenspiegelkomödie, die man gern einmal wieder sah. Ein Schauspielerei Gustaf Gründgens machte an beiden Abenden aufhorchen.

In den Holländerbühnen spielte man, während ich drei Tage bereist war, eine französische Komödie „Der Schattenfischer“ von Jean Sarmant. Sie war bei meiner Rückkehr schon wieder aus den Kammern verschwunden und das löbliche Papier sei nicht nachträglich an sie verschwendet. Im Deutschen Theater wurde uns ein herrlicher Abend besetzt mit einer Inszenierung von Strindbergs „Der Vater“ durch Felix Holländer. Was hier unter Führung ihres Direktors Eugen Klöpfer und Agnes Straub an menschlichen Erregungen auftrifft, wollen wir ihnen nicht ver-essen.

Am so gleichmütiger und kühler erlebte man die erste Premiere bei Feyner. Nach der Stille des Vorjahres freute man sich ja darüber, daß überhaupt neues Leben sich im Schauspielhaus nicht, zunächst mit einer hinterlassenen Inszenierung der „Maria Stuart“ mit den neuen Schwestern Gerda Müller, Karl Ebert, Robert Laube aus Frankfurt, zu denen Rühmel Holländer, die Hofe recht glücklich sich gesellen, dann mit der Aufführung von Eduard Staudens Tragikomödie „Adrian Brouwers Hochzeit“. Aber wir wollen doch ehrlich sagen, daß nicht mehr als die bloße Tatsache einer neuen Gabe Anlaß zur Freude ist. Ganz gewiß ist kein Wort dagegen zu sagen, daß Staudens Spiel, in dem an dem Beispiel des Waters Adrian Brouwer der alte Gegenstand bürgerlicher Welt und Boheme kontrastiert, aufgeführt wird. Nur, leider, ist auch kein Wort dafür zu sagen. Es ist eine akademische Angelegenheit, die auch das kaiserliche Hof-

theater hätte bringen können. In diesem Stil wurde sie auch unter Ernst Regals Mager Leitung und mit Rudolf Forster als wirkungsvollem Brouwer in sehr schönen Bühnenbildern fleißig, gründlich, anständig, sozusagen mit niederländischer Esstigkeit heruntergespielt, als eine angenehme Stunde kunsthistorischen Anschauungsunterrichts.

Erich Köhler.

Betrübliche Kunstnachrichten. Die spanische Regierung beschäftigt sich mit der Frage, welche schmerzlichen Reparaturen an dem Escorial, dem im 16. Jahrhundert errichteten riesigen Königspalast und Kloster, vorgenommen werden müssen. Der Palast befindet sich in einem Zustand, der des herrlichen Bauwerks durchaus unwürdig ist. Das Dach ist an vielen Stellen durchlässig, so daß der Regen durchdringt. Infolgedessen sind schon zahlreiche Gemälde mehr oder weniger beschädigt, während die Wände an manchen Stellen gefährliche Risse zeigen.

Die von der französischen Regierung in Katalago angeforderten Ausgrabungen könnten ein unglaublich reicheres Material ergeben, wenn die Behörden das ihnen zugewiesene Material unter der Hand verkauft wurden. Es läge im Interesse der wissenschaftlichen Forschung, daß das Gebiet der Ausgrabung der landwirtschaftlichen Benutzung entzogen und einer behördlichen Aufsicht unterstellt würde. Von einer solchen ist leider so wenig zu bemerken, daß jeder Kolonist mit den Trümmern, die auf seinem Felde liegen, anfangen kann, was er will. Vor einigen Jahren ließ man beispielsweise auf einem Tempel, bei dessen Ausgrabung ein herrlicher Mosaikboden bloßgelegt wurde. Nach einiger Zeit mußte man insipide feststellen, daß der Tempel zu einem Stall für eine Schafherde umgewandelt worden war, die das ganze Mosaikpflaster vollständig beseitigt hatte. Das ist nur ein Beispiel von vielen, die beweisen, welche Werte wir

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. September 1922.

Mehr Verständnis!

Die Schwierigkeiten, die wiederholt bei der Auszahlung der Löhne und Gehälter zutage getreten sind und die sich hauptsächlich aus dem nächsten Ersten nicht ganz vermeiden lassen, geben der „Noten-Fähne“ Gelegenheit, die Arbeiter aufzuklären. Den Arbeitern wird, als ob sie das nicht selber wüßten, vorgerechnet, daß die Herabsetzung des Gehalts größere Einkäufe verhindern wird, so die Lohn- und Gehaltsempfänger schwerer schädigt. „Am Ersten muß“, erklärt kategorisch die „Note-Fähne“, „der volle Gehalt ausbezahlt werden. Es wird die Aufgabe der Angestellten sein, gemeinsam mit den Betriebsratsausschüssen rechtzeitig Vorleser zu treffen, daß die restlose und ungehörte Auszahlung der Gehälter am Ersten stattfindet.“

Die „Note-Fähne“ mag sich ihre künstliche Erregung sparen. Zunächst liegen die Dinge gar nicht so schlimm. Es handelt sich um rein technische Schwierigkeiten, die sich nicht durch Betriebsratsausschüsse, denn diese können jedenfalls nicht mehr Notizen herstellen, als augenblicklich bereits unter Hochdruck beschafft werden. Es handelt sich infolge der neuen großen Lohn- und Gehaltsregelungen um eine riesige Aufgabe. England, Frankreich und Deutschland zusammen könnten nicht im Handumdrehen 50 Milliarden neues Geld herstellen. Das ist technisch rein unmöglich. In der nächsten Zeit sollen täglich 8 Milliarden Bargeld in den Verkehr geworfen werden. Für die Notenproduktion dieser Woche werden geradezu phantastische Ziffern genannt. Trotz der Schwierigkeiten aber rechnet die Reichsbank bestimmt damit, daß die Löhne der Arbeiter glatt ausbezahlt werden können und daß es sich bei der gesamten Auszahlung der Gehälter lediglich um einen Spielraum von einigen Tagen handelt.

Eine große Reihe von Städten hat ferner zur Verhinderung der Schwierigkeiten vom Reichsfinanzministerium in Verbindung mit den Landesregierungen die Berechtigung zur Herstellung von Notgeld erhalten, so Magdeburg, Frankfurt a. M., Sauburg, Dresden u. a. Aber die Anträge auf Berechtigung zur Notgeldproduktion sind bereits seltener geworden. Das ist ein Zeichen dafür, daß ein Nachlassen der Notenspannung und ein Zurückfließen der Noten einsetzt.

Zu irgendwelcher Panikstimmung besteht nicht der geringste Anlaß. Die Reichsbank rechnet darauf, daß die Behörden und das Publikum am nächsten Ersten der Schwierigkeiten ein klein wenig Verständnis entgegenbringen. Um so leichter wird es sein, die Auszahlungen rasch abzuwickeln, da kein Lohn- oder Gehaltsempfänger durch Zahlungszögerung wirtschaftlich geschädigt werden soll.

Ein Protest.

Gegen die neuen Mietbestimmungen hat der Mieterverein Magdeburg beim Wohlfahrtsministerium Protest eingelegt in folgender Zuschrift:

„Unter gleichzeitiger Ueberreichung zweier Bekanntmachungen des Magistrats der Stadt Magdeburg bezüglich der Einführung der gesetzlichen Miete in Magdeburg, wovon die zu 1. welche sich als eine vorläufige darstellt, datiert vom 9. September 1922, aufgehoben wird durch die Bekanntmachung zu 1 vom 19. September 1922, erhebe ich namens des Magdeburger Mietervereins (e. V.) Protest bezüglich folgender Punkte:

- I. Der Prozentsatz für laufende oder keine Instandsetzungen ist auf 135 Prozent (einschließlich der Kosten für das Tapetieren usw.) resp. auf 150 Prozent der Grundmiete festgesetzt worden, siehe § 4 Absatz 4a und b. Bei 30 Millionen Mark Grundmiete ist ein Zuschlag von 75 Prozent gleichbedeutend mit einer Mehrbelastung von 22,5 Millionen Mark, ein Zuschlag, der genügend hoch und beachtenswert erscheint.
- II. Die Betriebskosten sollen, in der ersten vorläufigen Bekanntmachung in Prozentform erhoben werden. Nach § 4 der zweiten Bekanntmachung soll das Umlageverfahren zur Einführung kommen, unter völliger Mißachtung der Ausführungsbestimmungen vom 12. Juni 1922 zu § 3 Absatz 2 und § 4 Buchstabe a. Vorschriften zu leisten nach allen Rechnungen usw. wird Ursache zu ganz unerkundlichen und häufigen Streitigkeiten geben. In Umlageverfahren sollen für große Instandsetzungen nach § 6 bis 100 Prozent erhoben werden. Wir fordern Hauskonten und Ausgabskonten. Einzelumlage für bauliche Instandsetzungen ist unerkundlich und unlogisch, da die ältesten Häuser die ärmste Bevölkerung haben, welche ganz unverantwortlich belastet wird. Eine einwandfreie Feststellung der gesetzlichen Miete ist nach unserm Dafürhalten in Magdeburg also unmöglich.

Namens des Magdeburger Mietervereins (e. V.) protestiere ich daher gegen die Bekanntmachung des hiesigen Magistrats vom 19. September 1922 und erjuche das Wohlfahrtsministerium daran, lassen sie wollen, daß eine sofortige Berichtigung und Revision durch die hiesige Regierung vorgenommen wird.

Hochachtungsvoll Magdeburger Mieterverein (e. V.) J. A. Beder.

Die Notlage der Untermieter.

Das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922 hat für den vom Mieter an den Vermieter zu entrichtenden Mietzins greifbare Umlagen geschaffen. Es regelt aber nur die Miete von Gebäuden oder Gebäudeteilen, nicht auch den Mietzins der Untermieter von möblierten Wohnungen, der sowohl die Miete eines Raumes als auch die beweglichen Sachen (Möbel-einrichtung) zum Gegenstand hat und mit Rücksicht auf die bedeutenden Nebenleistungen (Reinigung, Morgenkaffee usw.) nicht als reiner Mietvertrag anzusehen ist.

Wangetz fester Grundzüge für die Preisberechnung ist schon längst, ehe einmal die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes auf die Höhe der vom Vermieter zu zahlenden Wohnungsmiete eingetrufen sind, der Untermieter der Willkür des letzteren ausgeliefert. Es muß leider gesagt werden, daß manche Vermieter, die sich in Verwünschungen der Hausbesitzer wegen der von ihnen geforderten hohen Mieten nicht genug tun können, kein Bedenken haben, überhaupt enorm hohe Preise von dem Untermieter zu fordern. Fälle, in denen das Kwanzigfache der Friedensmiete gefordert und bezahlt wird, sind keine Seltenheit. Man halte dagegen, welchen Prozentsatz der Vermieter an den Hausbesitzer zahlt, und das Mißverhältnis tritt sofort hervor.

Selbstverständlich muß der Vermieter auch zu seinem Rechte kommen, aber gegen Auswüchse muß der Untermieter geschützt werden. Die Gesetzgebung, welche sonst der Niedrighaltung der Mieten in ausgiebigem Maß angenommen hat, schuf hier keinen genügenden Schutz. Wie viele ledige und auch verheiratete Personen, welche unter den mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entweder eine eigene Einrichtung nicht beschaffen oder wegen der geringeren bekannten Wohnungsmiete eine eigene Wohnung nicht erlangen können, sind auf möblierte Wohnungen angewiesen! Was sollen sie gegen Ueberwälzung tun? Die Anrufung des Mietvertragsamts ist nicht der geeignete Weg. Mehr als jedes andre Vertragsverhältnis ist das des Untermieters auf gutes persönliches Einverständnis mit dem Vermieter eingestellt. Ein Streit vor dem Mietvertragsamt gehört dies völlig und gibt nur zu oft zu Schlimmen Anlaß. Will der Untermieter denn aus dem Wege gehen und eine andere Wohnung mieten, so macht er die traurige Erfahrung, daß dort gemein ein ebenso hoher und unangemessener Preis gefordert wird.

Er bleibt also wohnen und zahlt. Wie sollen sich diese Verhältnisse nun erst gestalten, wenn der Vermieter auf Grund des Reichsmietengesetzes die erhöhte gesetzliche Miete an den Hausbesitzer zahlen muß? Warum der Vermieter bereits jetzt

für ein oder zwei möblierte Zimmer ein Vielfaches von dem verlangt, was er selbst für die ganze Wohnung bezahlt, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er nach dem 1. Oktober dieses Jahres nicht nur die ganze Mieterhöhung auf den Untermieter abwälzen, sondern noch darüber hinausgehen dürfte.

Hier müssen schleunigst gesetzliche Bestimmungen getroffen werden. Der geübte Weg ist der, füttern auf dem Reichsmietengesetz, auch die Miete des Untermieters gesetzlich festzulegen. Diese würde zu berechnen sein aus der Miete nebst den Zuschlägen (gesetzliche Miete), welche der Vermieter für die Wohnung an den Hausbesitzer zahlen muß. Der Vermieter wäre zugrunde zu legen das Verhältnis der Wohnfläche der vom Untermieter benutzten Räume zu der Wohnfläche der ganzen Wohnung oder, falls dies zu unklarheit erscheint, die Anzahl der Räume des Untermieters zu sämtlichen Räumen der Wohnung. Der so gefundene Betrag ist die Grundmiete. Zu dieser treten hinzu feste prozentuale Zuschläge für Abnutzung der Möbel, Reinigung und die übliche Bedienung. Der freien Vereinbarung könnte die Vergütung für sonstige Nebenleistungen, wie Reinigung der Kleidung, außerordentliche Dienstleistungen, Bereitung des Morgenkaffees usw. überlassen werden.

Eine Einteilung der möblierten Wohnungen in Klassen erscheint wegen der damit verbundenen erschwereten Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen nicht empfehlenswert. Die Wohnlage rechtfertigt eine solche überhaupt nicht, denn die Erfahrung lehrt, daß der Vermieter bei dem jetzigen Mangel eine Wohnung nehmen muß, wo sie sich ihm gerade bietet. Die Lage der Wohnung ist außerdem bei dem Mietzins der möblierten Wohnung bereits insofern berücksichtigt, als sich die Grundmiete nach der Miete des Vermieters richtet. Bei Festsetzung dieser ist aber in der Regel der Wohnlage bereits Rechnung getragen.

Bedinglich die Ausstattung der Wohnung könnte im Hinblick auf den für die Abnutzung zugubilligenden Zuschlag berücksichtigt werden. Aber nicht durch Einteilung in Klassen, sondern dadurch, daß einzig und allein Wohnungen mit Zuglusaustattung besonders hervorgehoben werden.

Erleichtert dieser Vorschlag nicht gangbar, so mag ein anderer Weg gewählt werden. Jedenfalls ist schnelle Regelung im Hinblick auf die am 1. Oktober d. J. eintretenden Wirkung des Reichsmietengesetzes ein Gebot der Stunde.

Dittmar, Halle.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Jungsozialisten. Das Geld für die Fahrt nach Berlin muß, bis Donnerstag 5 Uhr im Jugendsekretariat abgegeben werden.

— **Erhöhung des Gas- und Wasserpreises.** Der Preis für 1 Kubikmeter Gas wird auf 34 Mark für 1 Kubikmeter Wasser auf 14 Mark erhöht. Der Preis wird erstmalig für den Verbrauch nach der Anfang Oktober beginnenden Ableitung berechnet. Eine etwaige weitere Erhöhung im Rahmen der Kohlenklausel mit Rückwirkende Wirkung für den oben umschriebenen Verbrauch bleibt vorbehalten.

— **Beihilfe für Sozial- und Kleinrentner.** Der preussische Landtag hat am 11. Juli die Regierung ersucht, außer den bereits im Haushaltsplan des laufenden Jahres eingestellten Beträgen eine einmalige außerordentliche Beihilfe bis zu 600 Millionen Mark für die Sozial- und Kleinrentner sowie von Unterhaltungsempfängern und wirtschaftlich gleichgestellten Kreisen zu bewilligen. Die Ueberweisung der Beträge an die einzelnen Regierungsbezirke ist bereits in Angriff genommen. Die Unterstützung ist mit größter Beschleunigung durchzuführen und als ein malige Beihilfe zur Beschaffung von Vorräten für den Winter gedacht. Die Bedürftigkeit ist zu berechnen, wenn Einkünfte in Höhe der Erwerbslosenunterstützung vorhanden sind. In den Orten der Klasse A und B kann für eine Familie von vier Personen eine Unterstützung von höchstens 1500 Mark und in den Ortsklassen C bis D von höchstens 1200 Mark zur Auszahlung kommen. Kostendeckende alte Leute werden besonders berücksichtigt. Grundsätzlich ist die Unterstützung in Geld zu zahlen, es werden aber auch von der Regierung keine Einwendungen dagegen erhoben, wenn die Gemeinden unter Zustimmung der Hilfsbedürftigen die Unterstützung ganz oder teilweise in Sachleistungen gewähren. Die Unterstützungsmassnahmen sollen möglichst einheitlich durchgeführt werden. In diesem Zwecke wird empfohlen, erhebliche Abweichungen der Richtlinien benachbarter Kreise zu vermeiden und eine Verständigung der Gemeinden untereinander über die Durchführung der Massnahmen herbeizuführen.

— **Wochenmarktbild.** Sonne lag heute über den Pläßen, wo Magdeburger Einwohner wohnhaft sind, all das zu ersten Erstaunen, was für den Leibes Wohlstand und Mäximal nötig ist. Dieses Erstaunen wird aber von Woche zu Woche immer schwieriger. Die enormen Preise auf dem Fleischmarkt haben bewirkt, daß neben der guten, aber teuren Wurst billiger, weniger gute angeboten wird. Fleisch-, Wurst-, Speck- und Schmalzpreise weisen gegen den letzten Wochenmarkt nur geringe Veränderungen auf, natürlich nach oben — auf Schweinefleisch stand unübersehbar auf 220 Mark das Pfund, Rindfleisch war von 120 bis 160 Mark, Gemischtes von 130 bis 150 Mark und Kalbfleisch für 120 Mark das Pfund erhältlich. Auch und nach scheinen auf die Seefische zu steigen. Heute kosteten Kabeljau und Schellfisch 55 bis 60 Mark, im Schnitt als Filet gar 75 Mark das Pfund. Kartoffel-, Obst- und Gemüsepreise zeigten gleiche Preisnotierungen wie am vorigen Markt. Als Neuheit waren grüne Rindfleisch zu haben, die mit nicht weniger als 40 Mark das Pfund im Preise standen. Pilze kosteten immer noch 18 bis 30 Mark. Am lieblichsten ist das Eierpflüg geworden. Die Hühnerbesitzer sollten eigentlich ihren gackernden Eierproduzenten goldene Stühle bauen. Ein Ei kostete heute 18, an manchen Stellen sogar 19 Mark. Der Butterpreis ist auf 200 Mark für 1/2 Pfund gestiegen.

— **Die Sicherung der Kartoffelzufuhr.** Die Sicherung der Herdkartoffeln durch die Eisenbahn dürfte in diesem Jahre erheblich besser werden als im Vorjahre. Bei einer Besprechung der Interessenten im Eisenbahngüteramt wurde von der Eisenbahnerverwaltung die Versicherung abgegeben, daß sie täglich 6000 bis 8000 Wagen zu stellen in der Lage sei. Es sei bereits an die Dienststellen der Eisenbahn Verfügung ergangen, die Kartoffeln bei der Wagenanstellung vor dem Getreide zu berücksichtigen. Mit der Häufung des Winterverkehrs vor dem 1. Oktober infolge der einschneidenden Tarifserhöhung habe die Eisenbahn bei ihren Verfügungen bereits gerechnet. Es sollen, soweit angängig, in den einzelnen Erzeugungsgebieten Kartoffelzüge von je 12 000 Zentner zusammengestellt werden. Die Kartoffelverladner müßten sich daher rechtzeitig mit der Eisenbahnerverwaltung über die von ihnen zu verladenden Mengen in Verbindung setzen.

— **5000 Mark Geschäftsanteil.** An der Spitze derjenigen Kaufmännervereine, die ihren Geschäftsanteil der Geldwertminderung entsprechend herabgesetzt haben, steht ein sächsischer Verein mit 5000 Mark Geschäftsanteil. Ihm folgt eine rheinische Genossenschaft mit einem Mitgliederanteil von 3000 Mark. Die Zahl der Vereine, deren Generalversammlungen 2000 Mark für Magdeburg festgelegt haben, beträgt 17. Sechs Vereine haben 1500 Mark beschlossen und neun Kaufmännervereine erhöhen den Anteil auf 1000 Mark. Eine Anzahl weiterer Vereine sind mit ihren Ueberprüfungen unter dem Säge von 1000 Mark geblieben, was nicht von langer Dauer sein kann. Eine Landesversammlung der sächsischen Kaufmännervereine hat beschlossen, die Vereinsverwaltungen zu verpflichten, so fort außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen, in denen der Geschäftsanteil auf mindestens 2000 Mark gebracht wird, durch Einrückung und restlose Gutschrift der Ueberprüfung auf Geschäftsanteil für rasche Ausführung des Geschäftsanteils Sorge zu tragen und Rückzahlung erst dann zur Auszahlung zu bringen, wenn der Geschäftsanteil erfüllt ist.

— **Die Kindergruppe Alte Neustadt** trifft sich Donnerstags nachmittags 3 Uhr an der Eiserstrasse und Wittenberger Straße zum Spaziergehen nach dem Perzentum.

— **Ein Herbstfest der Arbeiterjugend.** Am Sonntag anfaßt die Bezirksgruppe Sudeburg der Arbeiterjugend Groß-Magdeburg auf dem „Jungborn“ ein Herbstfest. Das Fest findet am 1. Oktober in der Halberstädter Straße 10 × 100, und 4 × 100, Gassen statt, denen sich Schlagballspiele auf dem anschließen. Der Nachmittags soll ein Polkafest sein. Am Schluß bildet das Abnehmen eines Polkafestes. Nachmittags Besuch wird erwartet. Alle Teilnehmer treffen sich am Sonntag früh um 7 1/2 Uhr auf dem Eisfelderplatz. Jugendgenossen und Eltern kommt alle!

— **Städtische Bäckereien.** In den städtischen Bäckereien Nordfront, Köpferstraße 5, und a. Feldstraße 58 und 2, a. d. Gumburger Straße 11, werden vom 2. Oktober an die Ausleihzeiten wie folgt festgesetzt: Dienstags und Donnerstags Ausleihe von 4 bis 8 Uhr, Mittwochs, Freitags, Sonnabends von 12 bis 1 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr, Montags geschlossen. Die Bäckereien in Budau und Neustadt bleiben geschlossen. In den Bäckereien Wilhelmstadt, Stettiner Straße 13 und Sudeburg, Halberstädter Straße 57, bleiben die Öffnungszeiten bis auf weiteres folgende: Montags und Donnerstags von 4 bis 8 Uhr, Dienstags, Mittwochs und Freitags von 12 bis 4 Uhr, Sonnabends von 12 bis 2 Uhr, Sonntags geschlossen. Die Ausleihzeiten der Stadtbibliothek sind Montags und Donnerstags von 10 bis 6 Uhr, Dienstags, Mittwochs und Freitags von 10 bis 4 Uhr und Sonnabends von 10 bis 2 Uhr.

— **Tagung der Kriegsoffiziere des Einheitsverbandes.** Der Verbandstag des Einheitsverbandes deutscher Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebener in Magdeburg nahm am Montag seinen Fortgang. Der Weg, der in der Einigungstage von der Verbandslitung eingeschlagen ist, wurde einstimmig gutgeheißen. Der Verbandstag beschloß gleichfalls einstimmig den Zusammenschluß des Bundes deutscher Kriegsoffiziere und Hinterbliebener Hamburg, der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsoffiziere und Hinterbliebener, Deutschlands (Westen), des Deutschen Bundes der Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebener, Stuttgart, und des Einheitsverbandes deutscher Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebener Leipzig, zum Reichsverband deutscher Kriegsoffiziere und Kriegshinterbliebener am 1. November vorzunehmen. Der Verbandstag wählte den bisherigen 1. Vorsitzenden des Einheitsverbandes Friedrich Becker (Leipzig) zum Vorsitzenden des Reichsverbandes. Dann wurden weitere Fragen organisatorischer Art erledigt. Der dritte Verhandlungstag wird im sozialpolitischen Fragen ausgefüllt sein. Wir bemerken dazu, daß es sich bei dem Zusammenschluß um ganz keine Organisationsgebilde handelt.

— **Stehlen** wurden aus einem Gartenstol an der Knigsborner Straße 12 Gartenstühle, von einem Hause in der Umfassungstraße eine Kihableiter-Blattspitze und 35 Meter Infanterie Leinwand, bestehend aus 12 einzelnen Drähten. — Eine starke Aktlinie aus Holz mit Kindertopf-Verzierungen befand sich in verdächtigem Besitz und ist zweifellos gestohlen. Im Interesse der Aufklärung des Diebstahls wird der rechtmäßige Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 268, zu melden, wo sie zur Ansicht ausliegt.

— **Unfall.** Dem Arbeiter Bruno E. fiel auf dem Fabrikgrundstück von Schiffer a. Sudeburg, Freie Straße, eine schwere Eisenplatte auf den Leib. E. erlitt eine schwere unsichere Hüftgelenkverletzung und mußte mittels Krankenwagens der Krankenanstalt Sudeburg, angeführt werden.

— **Balken- und Dielebrand.** In einer im Dachgeschoß Große Diebstraße Nr. 23 gelegenen Waschküche war am Mittwoch wegen durch die Herdfeuer eine umfangreicher Balken- und Dielenbrand entstanden. Von einer Ueberwachung der Hauptfeuerwehr mußte der Herd erst abgetragen werden um den Brandherd zu erreichen. Nach ständiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Wahlberechtigung des Gesamtverbandes am Sonntag, den 2. Oktober, um 10 Uhr im städtischen Saal, Eiserstrasse (früher Köpferstrasse). Wahlberechtigte sind: alle Mitglieder des Gesamtverbandes, die am 1. Oktober 1922 das 16. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt sind auch die Mitglieder des Gesamtverbandes, die am 1. Oktober 1922 das 16. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt sind auch die Mitglieder des Gesamtverbandes, die am 1. Oktober 1922 das 16. Lebensjahr vollendet haben. Wahlberechtigt sind auch die Mitglieder des Gesamtverbandes, die am 1. Oktober 1922 das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Theater, Konzerte, Vorträge u.

— **Städtische Theater.** Stadttheater, Donnerstag (8. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (9. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (10. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (11. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (12. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (13. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (14. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (15. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (16. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (17. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (18. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (19. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (20. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (21. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (22. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (23. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (24. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (25. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (26. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (27. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (28. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (29. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (30. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (31. Abend): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (1. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (2. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (3. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (4. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (5. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (6. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (7. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (8. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (9. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (10. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (11. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (12. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (13. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (14. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (15. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (16. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (17. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (18. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (19. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (20. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (21. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (22. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (23. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (24. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Mittwoch (25. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Donnerstag (26. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Freitag (27. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Samstag (28. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Sonntag (29. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Montag (30. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt. — Dienstag (31. Oktober): Die Phänomene der Unterwelt.

Sein Kind mit Salzsäure getötet.

Unter der Anlage des Kindes morbes stand der 23jährige landwirtschaftliche Arbeiter Friß Meyer aus Seehausen (Kreis Wanzleben), vor dem Schwurgericht im Magdeburger. Der jugendliche Angeklagte hatte mit der bedeutend älteren Arbeiterin Friederike Kunow ein Liebesverhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Am 2. März geboren die Kunow ein Mädchen. Der Angeklagte erwarnte die Kaiserhoffart an und verpfändete sich vierzehnjährlich 4500 Mark Warenten an seine damalige Braut zu zahlen. Die erste Rate war am 2. März fällig. Am 1. Mai kaufte sich der Angeklagte, der inzwischen aber schon wieder eine andere Braut hatte, Salzsäure und beschloß, sein Kind zu töten. Die Mutter des Kindes war auf ihrer Arbeit, die Mutter über das Kind hatte tagsüber die Großmutter. Während der Abwesenheit der Großmutter soll der Angeklagte nun dem 2 Monate alten Kinde Salzsäure in den Mund gegossen haben, woran es dann 4 Wochen später verstarb.

Der Angeklagte, der geistig völlig normal ist, bestritt die Tat. Er will sich die Salzsäure zum Reinigen der Köpfe seiner Mutter gekauft und die Flasche mit dem Rest, um Unheil zu verhüten, zerbrochen haben. Seine eigene Mutter sagt aber aus, daß die Köpfe an diesem Tage nicht gereinigt waren.

Der Angeklagte beläuft für den Angeklagten ist die Aussage der Großmutter Kunow. Sie will das Kind plötzlich aufstehen gehört haben und hat, als sie das Zimmer betrat, bemerkt, wie der Angeklagte hinter dem Kinderwagen hervorbrach und wie ein erkrankter Säugling lag und das Fenster öffnete. Als sie das Kind antrifft, brach sie aus dem Mund eine braune Flüssigkeit, außerdem schrie es sehr. Von Stunde an herbeigerete es jede Mahrungszunahme. Sofort am anderen Tage kam das Kind zum Arzt. Der Arzt hat den Mundhöhle festgestellt. Der Angeklagte hat kurz nach dem Vorfall das Haus verlassen und hat es seitdem nie wieder betreten. Das Kind ist dann aussehend weniger geworden und ist am 5. Juni verstorben.

Die siebenjährige Schwester der Ermordeten will gesehen haben, daß aus der Tasche des Angeklagten eine Flasche herausragte. Außerdem hat er das Mädchen kurz vor der Tat aus dem Zimmer geschickt, damit es für ihn Zigaretten hole.

Medizinalrat Dr. Kunow (Wanzleben) hat die Leiche des Kindes untersucht und rote Mundflecken im Magen und der Speiseröhre festgestellt. Die Vernehmung der Wundheilerin darüber wieder gestellt, weil die Großmutter durch Eingebung von Willkür eine weitere Erklärung der Salzsäure innerhalb des Mundes unterband. Der Sachverständige ist der Ansicht, daß das Kind an Intoxikation starb, woraus hergeleitet werden kann, daß durch die Säureverletzung und der Speiseröhrenentzündung das Kind starb. Das Kind hatte weitgehende Speiseröhrenentzündung, die Genesung gestört hätte.

Die Genesung des Kindes ist durch den Tod des Kindes im Jahre 1921, das Gericht verurteilte, über den Angeklagten eine Zwangsstrafe von 5 Jahren, mit deren Ende im Jahre 1926 die Genesung eintrifft, erklärte, weshalb er von weitem, in der Zeitung berichtet.

Nachrichten aus der Provinz.

Veranstaltung sozialdemokratischer Lehrer.

Während der Hauptversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen in Bitterfeld am 3. Oktober nachmittags 4 1/2 Uhr im Reichsausschuss...

Parteinachrichten.

Verbandsarbeiten. Sozialdemokratischer Verein. Freitag den 22. September, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrgott...

Unterbezirke Neuhaldensleben-Völkmarfeld.

Die Ortsvereine werden darauf hingewiesen, daß die Konferenz für beide Unterbezirke am Sonntag den 1. Oktober in Magdeburg im Lokal des Gewerks E. Holz...

Freizeit in Gislleben.

Die Arbeiterjugend-Verbandsgruppe Gislleben-Gislleben, Köpke und Neuhaldensleben bezieht am 1. Oktober ihr erstes Freizeitspiel in Gislleben. Am Sonntag den 30. September findet eine Begrüßungsfeier...

Reinendorf, 27. September. (Eine Richtigeilung)

zu unserer Notiz. Die Kirchgemeinde gegen den Pfarrer Jenden und Pfarrer Eysel und Kantor Martens. Wir hatten in dem Artikel über den Kirchenrat...

Reinhardt, 27. September. (Parteiversammlung)

Am Freitag abend 8 Uhr findet bei Herrgott eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines statt. In der Gewerkschaft...

Rechtliche Notizen 1 und 2.

Einmalige Zusammenkunft in Burg. In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich auf dem Bahnhof Burg ein Eisenbahnunfall. Ein von Magdeburg kommender Güterzug...

Burg, 27. September. (Ortsanschiebung)

Ueber die Verlegung der Arbeiterstadt nach Burg. Die Verhandlungen mit der Eisenbahngesellschaft wurde nun abgeschlossen, daß zum nächsten Jahresbeginn die Arbeiterstadt nach Burg verlegt wird...

Das Hauptverbot aufzunehmen. Die Arbeiterjugend soll für die Entnahme von Büchern aus der Bibliothek eine Gebühr von 1.00 Mark für je 14 Tage erheben...

Unterbezirk Staßfurt-Mehrsleben.

Staßfurt-Geopoldshall, 27. September. (Die sozialdemokratischen Beamten und Angestellten) von Geopoldshall und Staßfurt haben sich zu einer Interessengemeinschaft...

Staßfurt, 26. September. (Die gesetzlichen Mietbestimmungen)

für Staßfurt wurden vom Magistrat durch eine Bekanntmachung veröffentlicht. Unverkennbar erkennt es, daß die Verordnung durch die Vertreter der Mietervereine...

Altmärk.

Stendal, 27. September. (Beide Beine abgefahren). Auf dem Güterbahnhof geriet ein Rangierer beim Zusammenstoßen von Wagen unter die Räder...

Kleine Chronik.

Schwere Unfälle auf der Eisenbahn. Auf der Strecke Rastow-Hindenburg fuhr ein vorzeitig abgelassener Personenzug in voller Geschwindigkeit auf einen Güterzug auf...

und die Götter v. Bedel, v. Bonte und v. Wassen. Sie werden Bassen und Brunnion und Anhaltspunkte dafür gefunden, daß der in der Nähe von Bitterfeld...

Bergzeitungsstat einer Mutter. Die in Friedenau wohnende etwa 36 Jahre alte Frau Margarete Böhm, geb. Kämmerling, wurde mit ihren beiden Kindern...

Im Delirium. Einem Wendts war der Besitzer einer feiner Dielen, wie sie in den hellblauen Seitenkanälen der Friedhöfe in Berlin...

Ein Typhusfieber. Dem „Sozial-Anzeiger“ zufolge ist in Ruppertsbrunn in Unterpreußen der größte Teil der Bevölkerung an Typhus erkrankt...

Ein Bergutsch. Montag vormittag erfolgte über dem Staadgardehafen in Stocholm ein großer Bergutsch, durch den ein Magasin eines Kaffeehauses zerstört wurde...

Eine englische Militärmission verunglückt. Vier Mitglieder der englischen Kommission, die für die in den Gräbern Frankreichs bestatteten englischen Soldaten...

Bereits-Kalender.

Magdeburger Arbeiterverein (E. S.). Am Freitag den 29. September, abends 8 Uhr, große Mitgliederversammlung im Saal...

Briefkasten.

W. K. K. Köffen etc. es auf eine Frage antworten.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Döben, Gabel, Sabelberg), date (26.9., 27.9.), and water level (+, -). Includes sub-tables for 'Döben' and 'Gabel'.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 28. September: Ziemlich heiter, trocken, tagsüber mild.

Peter Korn.

Das Graf von Holzogen.

(11. Fortsetzung.)

Rehntes Kapitel.

Das erste, was unser Peter in Händen hat, war, daß er mit seiner Reisetasche das empfindliche Verlockung anpackte...

„Was heißt die Dame, liebe?“

Der Reiter zog die Stämme hoch und gab die Antwort: „Recht, kein ich nicht. Das hat keine Wert, Reiterknecht. Aber wenn Sie nur erkennen können in der Sattelkappe sitzen haben.“

„Was heißt die Dame, liebe?“

haben Genuß, Peter's. Aber Vorsicht, verehrter Herr, gibt's im Reichshofgericht nur auf warme Semmeln — wissen Sie, ich meine auf Sie, die jetzt und jetzt abgeht wie warme Semmeln.“

„Was ist das für ein Reiter, verehrter Herr?“

„Was ist, aber bis der Erfolg kommt, muß ich meinen Unterhalt irgendwie verdienen, Semmeln geben, Begleiten, Korrespondieren oder irgend was.“

„Gott, was ich tun kann...“

„Peter hatte diese verurteilte Redensart, aber er verhielt sich eine heftige Bemerkung und empfand sie mit kühlem Dank.“

„Und als er am Abend dieses Tages weit draußen in Schöpfung stand...“

„Es war der Vertrieben an David Gammeter in Königsberg...“

„Was heißt die Dame, liebe?“

„Was heißt die Dame, liebe?“

berb zusammenzuschließen, dafür, daß er ihr die Wahrheit nicht rechtzeitig bekannt und sie nicht um Geld angegangen habe.

„Was ist, aber bis der Erfolg kommt, muß ich meinen Unterhalt irgendwie verdienen...“

„Gott, was ich tun kann...“

„Peter hatte diese verurteilte Redensart, aber er verhielt sich eine heftige Bemerkung...“

„Und als er am Abend dieses Tages weit draußen in Schöpfung stand...“

„Es war der Vertrieben an David Gammeter in Königsberg...“

„Was heißt die Dame, liebe?“

„Was heißt die Dame, liebe?“

„Was heißt die Dame, liebe?“

(Fortsetzung folgt.)

Cafés, Wein- und Likör-Stuben

Fürsten-Kaffee mit Sommer-Palmen-Terrasse
Große Diesdorfer Straße 32
Tägliche musikalische und abends:
Erstklassige Künstler-Konzerte

Café Metropol
Inhaber: Walter Bräben, Kl. Marktstr. 5

Café Vaterland, Kaiser-Wilhelm-Platz 7
Konditorei — Angenehmer Aufenthalt

Café Hohenzollern
Kleinkunstbühne — Weinrestaurant — Salon-Bar

Café Kerkau, Große Mühlstraße Nr. 18
Größter Billardsaal
Nachmittags und abends: Künstler-Konzert

Viktoria-Festsäle, Dreienbrozelstraße Nr. 14
Restaurant und Café

Café Monopol, Schambersplatz
Familien-Café — Spezialität Eis — Fernsprecher 515

Fritz Steuer
Zirkus-Restaurant und Café

Reuters Weinstuben, Kaiser-Wilhelm-Platz 4
Fernruf 484

Kantorowicz-Likörstube
Schönebeckstraße 1 — Fernruf 2124

Schumanns Likör- und Weinstuben
Ecke Johannesberg und Knochenhauser
Restaurant und Café — Täglich: Künstler-Konzert

Mampes Likörstube, Kaiserstraße Nr. 95
Inhaber: Albert Schmidt

Fledermaus-Likörstube, Lötischestraße Nr. 20
Täglich: Künstler-Konzert

Spirituosen-Quelle, Inhaber: H. Oether, Wilhelmstraße, Große Diesdorfer Straße 1320 — Fernruf 3779

Vogelgesang
Jeden Sonntag KONZERT
Heinrich Rosenfeld

Bekleidung

E. Ackmann Nachf., Jakobstraße
Hüte — Sport- und Vereinsmützen

Huthaus Ulrichsbogen, Breite-
Spezialgeschäft für Hüte und Mützen

Schneider & Co., Breiteweg Nr. 7/8
Herren-Anstaltungen

Max Matthes — Herren-Hüte
Wilschstraße Nr. 3 — Breiteweg Nr. 27/28

J. Schächter & A. Wiesner
Mühlstraße 11 — Fernruf 3885
Hosen, Ärmel, Stoffe, Weiß- und Wollewaren für Wieder-
verkäufer und Privatsachverständige

Reinhold Quatz, Jakobstraße Nr. 49
Herren-Artikel

B. Döschner, Schönebecker Straße Nr. 108
Felle u. Herrenartikel, Anfertigung in eigen. Werkstatt, Fernruf 7280

M. PRESSLER, Johannesstraße 6
Kleider u. Herrenartikel, Anfertigung in eigen. Werkstatt, Fernruf 7280

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Johannisberg 3 — Tel. 384
Inhaber: Eduard Fehring

F. Rostholder — Neuer Weg 13
Weiß- und Wollewaren

Margarete Herrmann, Döschner, Alt-Salke 9
Felle, Weiß- und Wollewaren

Grosche & Co., Kleiner Markt 24
Fernruf 205
Wäscheartikel, — Herren, Stickerei

S. Gutmann, Alte Ulrichstr. 7, II
Wäscheartikel und Herrenartikel

Wäsche-Jaholl, Himmelsreichstr. 21
Elegante Herren-Wäsche — Beste Dauerwäsche

Sporthaus Adolf Salome
Breiteweg 167, gegenüber dem Schützenhof

Rudolf Ziemer, Breiteweg Nr. 272
Herren-Artikel

D. Lichtenstein, Jakobstraße Nr. 34
Mantel- u. Kurz-, Weiß-, Wollewaren
Erikotagen

Schuhhaus Stolle
Verkaufsstelle der
Burger Schuhfabrik Stolle & Co.
Geschäfte in Magdeburg:
Breiteweg 57, Tel. 4889 — Jakobstr. 45, Tel. 4889
Buckau: Schönebecker Str. 29/30, Tel. 3154

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungsbatter-Fahrplan

Industrie

Reserviert!

Lokomobilen — Dampfkessel
Ankauf — Verkauf

Valentin Müller, Magdeburg-Neust., Bank-
straße 8/9 — Telefon 4907

M. Kampf, Maschinenfabrik
Schnellbohrmaschinen, Kreisfrägen,
Fräse- und Langlochbohrmaschinen
Fernsprecher 3788
Wielandstraße 32h

Ernst Meichsner, Bankstraße 1
Fernruf 3391
— Drahtstiftfabrik —

Willy Zander, G. m. b. H., Bahnhof, Essenz-
fabrik, Fruchtsäfte, Brauerei- und
Kellereimaschinen, Flaschen

Sackkarrenfabrik
Gebr. Becker & Co., Gr. Diesdorfer Straße 208, Fernruf 1709

Adolf Mannes
Magdeburg-Wilhelmstadt, Goethestraße 12
Fernruf 4018 und 6489
Alteisen, Nutzeisen, Metalle, Maschinen

F. Ergang
Sonderwerk für Brauerei- und Mälzerei-
Anlagen

Martin Joost, Gr. Diesdorfer Straße 231
Fernruf 1034
Weißblechböden m. Falzverschluß f. Wurst, Fleisch u. Gemüse

Max Wick
Schützenstraße 14 — Hausschuh- und Panloffelfabrik

Schuhfabrik Freye & Co.
Magdeburg-Neustadt, Agnetenstraße 10

Rudolf Morgenstern
Telephon 6307 u. 6308 Holzgrosshandlung
Magdeburg
Telephon 6307 u. 6308
Kiefern — Fichten — Tannen — Schnittmaterial

Gebr. Allendorff, Kaiserbrauerei
Schönebeck a. d. Elbe
empfehlen ihre vorzüglichen hellen und dunklen Fass- und Flaschenbiere

Ohne Gewähr **G** Ohne Gewähr

Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg nach

Braunschweig-Hannover (V): 1213 (D), 1222 (D), 522, 924, 1223 (D), 313 (D), 324, 612 (D), 712	Groß-Salze-Elmen (II): 505 (W), 540 (W), 655 (W), 1215 (W), 145 (W), 235 (S)
Braunschweig-Hannover (V): 1222 (D), 313 (D), 712	Förderstedt (II): 359 (W)
Braunschweig-Seesen (V): 205	Güsten-Erfurt (II): 315, 740, 1240, 495, 622
Braunschweig (V): 910, 130	Güsten (II): 915, 250 (W), 820, 1035
Eisleben (V): 440 (W), 1120	Kreuzen-Frankfurt a. M. (III): 1222 (D)
Berlin (IV): 420, 522 (D), 620 (D), 705 (D), 825, 1035, 115 (D), 410 (D), 510, 525 (D), 715 (D), 825 (D), 920	Blumenberg (III): 325 (W), 527 (W), 700, 306, 441, 641
Burg (IV): 527 (W), 215, 420 (W), 625, 1105	Thale (III): 520 (S), 620, 915, 1215, 303, 720
Loburg (IV): 740, 100, 920	Blumenberg-Staßfurt (III): 730, 306, 441, 641 (S)
Zerbst-Leipzig (IV): 520, 940, 100, 305, 745	Halberstadt (III): 925 (D), 115 (D), 1120
Halle-Leipzig (II): 425, 700 (D), 705, 1030, 1145 (D), 130, 420, 620 (D), 720, 922 (D)	Wittenberge (I): 525, 345 (D), 510, 1120
Köthen (II): 1225	Wolmirstedt (I): 510 (W), 620 (W), 115, 420 (W)
	Oebisfelde (I): 615, 920, 115, 440, 822
	Stendal (I): 925, 307, 705 (D)
	Neuhaldensleben (I): 325 (W), 1125

Möbel-Palast Gustav Jentsch, Breiteweg 120

Rudolf Brüning, Buckau — Inh.: W. Liebelt —
Schönebecker Strasse 21
Lederwaren, Reisekoffer und -taschen, Hand-, Geld- und Brieftaschen

Alte Neustädter Zigarren-Zentrale Gebr. Semff Agneten-
straße 18
Kronprinzenstrasse 4 **Julius Wolff** Kronprinzenstrasse 4
Gardinen — Teppiche — Möbelstoffe

Wirtschafts-Bazar Sudenburg
Halberstädter Straße 117 Inhaber: Walter Koch Halberstädter Straße 217
Porzellan — Glas — Emaille — Steingut — Geschenk-Artikel

Albert Habich, Buckau Schönebeck. Str. 107
Glas — Porzellan — Haus- und Küchengeräte

Schuhhaus A. Himmelstern
Tel. 7324 Schönebecker Straße 34b Tel. 7324

Allgemeines

Mehlbude Halberstädter
Straße Nr. 7
Spezialität: Ia. Mehle, sämtliche Futtermittel für Groß- und Kleinviehzucht

Rohprodukte u. Felle

Rühlmann & Bendix
Schützenstraße 14 — Fernruf 6003
— kaufen Säcke —

LINDAU & WINTERFELD
Lindwint-Zigaretten und Rauchtabak

H. Auchisiger, Magdeburg-Sudenburg
Braunschweiger Str. 22
Rohprodukten-Handlung, An- u. Verkauf sämtlicher
Produkte, Spezialität: Almetalle — Alteisen

SPIELWARENHAUS TIETZ
Nr. 121 Breiteweg Nr. 121

M. Kohl, Bankstraße 8, Fernruf 6782, kauft stets
sämtliche Sorten Altpapier, Metalle,
Eisen und Blechen zu höchsten Preisen

Otto Bartenwerfer Alter Markt Nr. 27
— Handarbeiten —

Ankaufszentrale Wilhelmstadt
Orensiedler Straße 19, Einzug Ebendorfer Straße
Reisepässe, Felle — kostenlose Abholung — Tel. 508

Eleg. Lederwaren u. Reise-Artikel
L. v. H. Hiltner, Kaiser-Wilhelm-Straße 14
Elegante Fabrikation

S. Freund vormalige Berger & Freund, Kl. Mühlstr. 5
Telephon 7229 kauft stets sämtl. Sorten
Papier, Altpapier und Almetalle zu höchsten Preisen

A. REINHOLD
PAPIER- UND LEDERWAREN
BREITEWEG 71/72

Gebr. Rosenbaum St. Michael-Straße 21a
Fernsprecher Nr. 3382
Rohprodukten- und Papierfabrik

Hugo Nehab — Linoleum
Johannisbergstraße Nr. 2

Allgemeines

Musik-Zentrale Viktorlastraße 1,
Ecke Prälatenstraße
Fachhaus für alle Musikinstrumente

Carl Großpätsch Kaiserstraße Nr. 4
Fernsprecher 4920
Technisches Installations-Geschäft, Elektrische Licht-, Kraft-,
Klingel- und Telephonanlagen, Wasser- und Warmwasser-
Anlagen — Elektr. Hausversorgungen

Max Richter Installation für Gas-, Wasser- und
elektrische Anlagen
Lessingstraße 20 — Tel. 5847

Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt —
Annahmestellen in allen Stadtteilen

Albert Karutz
Abholung und Zustellung kostenlos, Fernruf 370 und 1881

Bernhard Ethe Dachdeckermeister
Lübecker Straße Nr. 44 — Fernsprecher 4701

W. Jordan Harsdorfer Str. 3 — Fernruf 5953
Tischler

„CONSTANTIN“ Zuckerwarenfabrik
Mittagstraße 51b
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

GUSTAV NEUM
Tapeten, Hansa-Linoleum
Kaiserstr. 55a Fernruf 4078

GEHR. SCHRÖDER
TAPETEN BREITEWEG 65 LINOLEUM

Kurt Händel, Fürstenstrasse 19
Lacke, Farben; technische Öle und Fette

Farben — Lacke
Otto Schmatzhausen, Große Diesdorfer Straße 25

CARL BÖDECKER Breiteweg 227
Fernruf 6188
Außerst preiswert: Farben, Lacke, Tapeten

Spezialgeschäft für Seife und Parfümerien
Rich. Imroth, Tischlerbrücke 22

Schwarz & Rusch
Leiterstraße 9, Fernruf 83 — Abzeichen, Stempel, Schilder

Ernst Beulecke Knochenhauser 29
gegr. 1894
Fahrradhandlung — eigene Reparatur-Werkstatt

Photohaus Wienrich, Viktoria-
straße 1

Max Oppermann Neuhaldensleben Straße
Fabrik und Faßgroßhandlung

Bist du krank? geh zu Cassel
homöopathische Praxis
Breiteweg 200 — Haltestelle Hauptpost

Spezial-Möbeltransport W. Müller
Inh.: Otto Müller, Stettiner Str. 12a — Fernruf 4777

Heinrichshofen, Breiteweg 171/72
Musikalien aller Art — Speichapparate — Platten

Pianohaus L. Pöhlmann Johannstraße
str. 2, Tel. 4485

Paul Schumann & Sohn, Pianohaus
Breiteweg 180, I. und II. Etage

Wilhelm Ulrich Magdeburg-Sudenburg
Halberstädter Str. 48
Billigste Bezugsquelle für Tabak und Zigarren

Lederhandlung Carl Julius Braun
Buckau, Schönebecker Straße 48

Reinhold Protze, Johannisberg 1
Billigste Bezugsquelle — Kolonialwaren — Lebensmittel

Gaudig & Bullmann
Lübecker Straße 16 Lübecker-Straße 16
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

Wolf Seelenfreund Porzellan, Glas und
Wirtschaftsartikel
Breiteweg 68

ADAM REI, Magdeburg-Neustadt
— Buckau —
Papier — Haus- und Küchengeräte

Otto Müller — Katharinenstraße 13 —
Lampen und Emaillewaren

Magdeburg-Südost

Carl Böhme — Likör-Stube
Magdeburg-Südost — Alt-Salke 26/27

Kaufhaus Dietsch Nachf. j. Inhaber
Alt-Westertürken 163 Manufaktur-, Weiß-, Wollw. u. B.-Putz